Presseschau vom 29.03.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.
Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.
Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

Av-zakharchenko.su: Am 28. März hat das Republikoberhaupt Einwohnern von Junokommunarowsk die Schlüssel und Dokumente für neue Wohnung überreicht.
Das Haus mit 20 Wohnungen, das zum staatlichen Ersatzwohnraumfonds gehört, wurde im Rahmen der zweiten Wiederaufbauetappe praktisch von Null auf wiederaufgebaut. Das fünfstöckige Haus hatte kein Dach mehr und Infrastruktur aus den 90er Jahren. In einigen Monaten haben es die Bauleute in ein komfortables Wohnhaus für 20 Familien verwandelt. Die Wohnung sind einzugsbereit: der Innenausbau ist erledigt, die gesamte Infrastruktur, Sanitärtechnik, Herde und Warmwasserversorgung. Das ganze Haus auf der Tretjakow-Straße hebt sich von den übrigen ab, es wurde außen mit modernen Materialien verputzt.
Alexandr Sachartschenko übergab Schlüssel von acht Wohnungen an Einwohner, deren Wohnraum durch die militärische Aggression der Ukraine völlig zerstört wurde. Die übrigen Wohnungen werden als provisorischer Wohnraum an Bürger übergeben, während deren eigenen Häuser wiederaufgebaut werden….
„Jedes derartige Ereignis ist eine große Freude. Wir können nicht alles, was die ukrainische Soldateska zerstört hat, schnell wiederaufbauen. Aber jedes solche Haus, jede Wohnung ist ein weiterer Schritt dahin, dass wir den Menschen alles zurückgeben, was die in diesem Krieg verloren haben. Ich bin überzeugt, dass wir alle Schwierigkeiten überwinden und über

alle Härten hinwegkommen werden. Wir tun dafür alles Mögliche und Unmögliche. Heute kommen Licht und Glück in die neuen Wohnungen. Ich will der Führung der Stadt und den Bauleuten für die Arbeit danken und Ihnen, liebe Landsleute, dafür, dass Sie hier sind, dass Sie warten und alles verstehen“, sagte das Republikoberhaupt.
Dann feierten die neu Eingezogenen zusammen mit Alexandr Sachartschenko bei einer Tasse Tee. In einer informellen Situation sprachen die Einwohner mit dem Oberhaupt über Probleme der Stadt und ihre Erlebnisse.
Auf der Straße wurde Alexandr Sachartschenko von Einwohnern aus dem ganzen Stadtteil erwartet, um mit dem Staatsoberhaupt persönlich über Probleme zu reden, mit denen sie kämpfen. Zu vielen Problemen gab das Oberhaupt vor Ort Anweisungen, um sie in kürzester Zeit zu lösen. Die örtlichen Behörden wurden angewiesen, sich mit den Problemen der Heizung auseinanderzusetzen. Nach den Worten von Einwohnern wurde es im Winter in einigen Häusern nicht wärmer als 15 Grad.
Viele Fragen betrafen die Tilgung von Entgeltrückständen bei den Bergleuten. Das Oberhaupt teilte mit, dass die Arbeiter des örtlichen staatlichen Unternehmens „Ordshonikidseugol“ bald ihre Löhne erhalten werden – die Mittel dafür sind in dem Unternehmen bereits eingetroffen. Im Ganzen werden im Kohlebereich alle Lohnrückstände bis Ende des Jahres beseitigt sein.
Alexandr Sachartschenko versprach auch, mit den Handelsorganisationen die Eröffnung einer Apotheke im Stadtteil zu besprechen.
Es wurden auch einige persönliche Fragen gelöst. Beispielsweise beschwerte sich einer der Anwesenden darüber, dass seiner alten Mutter das Recht auf den Erhalt von Haushaltskohle gestrichen wurde. Eine Anfrage an das Fachministerium hat nach Angaben des Mannes keine Ergebnisse ergeben. Das Oberhaupt versicherte, dass die Situation gelöst wird und die Schuldigen bestraft werden.
Auch die Bitte um eine Reparatur der Wege innerhalb des Stadtteils wurde den Einwohnern bisher nicht erfüllt. Dazu erläuterte das Staatsoberhaupt, dass die Republik mehr als 8 Milliarden Rubel für die Reparatur der Hauptstraßen benötigt. Für die zweitrangigen Straßen reichen die Mittel im Haushalt bisher nicht.
Alexandr Sachartschenko sprach etwa eine Stunde mit den Menschen. Alle Frage wurden unter Kontrolle der Administration des Republikoberhaupts gegeben. Am Ende des Treffens dankten ihm die Einwohner für seine Aufmerksamkeit für die kleinen Ortschaften der Republik….
„In der Perspektive ist die Übergabe von etwa 4000 Objekten des Wohnungsfonds geplant, darunter 1800 Mehrparteienwohnhäuser. Dies berücksichtigt nicht die Siedlung Oktjabrskij und den Petrowskij-Bezirk von Donezk, wo in einigen Straßen die Zerstörungen in die Tausende gehen. Dies kann nicht schnell gelingen, es ist sehr viel Arbeit. Ich rechne damit, dass wir innerhalb von fünf oder sechs Jahren mit dieser Aufgabe klar kommen“, berichtete das Staatsoberhaupt über die Wiederaufbaupläne.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Ukraine: Polnisches Generalkonsulat aus Granatwerfer beschossen
In der westukrainischen Stadt Luzk haben Unbekannte das polnische Generalkonsulat aus einem Granatwerfer beschossen. Nach Angaben der Zeitung „Wolin 24“ zielten die Angreifer auf ein Fenster im dritten Stock, trafen stattdessen jedoch die Wand.
Bei dem Vorfall soll demnach niemand verletzt worden sein. Laut einer Polizeiquelle schossen die Täter „ungezielt und ungeschickt“. „Vielleicht war das wahre Ziel des

Zwischenfalls eine Warnung oder eine Provokation“, teilte die Quelle der Zeitung mit.
Anfang Februar hatten bereits Unbekannte das Gebäude des polnischen Konsulats in Lwiw mit Farbe beworfen. Im Januar war im Gebiet Lwiw ein Ehrenmal für polnische Bürger, die beim Massaker von Huta Pieniacka während der deutschen Besetzung Polens ums Leben kamen, gesprengt worden.

http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/luck_genkonsulstvo_polshi_5.jpg?itok=jorq3Y9_

De.sputniknews.com: Poroschenko will Militärgerichte wiederbeleben – und waghalsige Kommandeure schützen
Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko will wieder Militärgerichte einführen, um damit Strafverfahren gegen „waghalsige Kommandeure“ zu vermeiden, wie die russische Zeitung „Wsgljad“ am Mittwoch berichtet.
Poroschenko zufolge sollen dort Handlungen der militärischen Leitung nicht von Zivilisten beurteilt werden – wenigstens bis zu einem Ende des Konflikts im Donbass. Dabei berief er sich darauf, dass solch ein Vorgehen „international“ üblich sei. Die Entscheidungen der Militärgerichte würden von ukrainischen Soldaten „nicht in Frage gestellt“.
Hintergrund dieser Initiative ist laut Poroschenko ein Vorfall im Gebiet Dnepropetrowsk, wo ein Lokalgericht den General Viktor Nasarow im Fall des Absturzes einer IL-76-Maschine in der Ostukraine 2014 wegen Fahrlässigkeit, die den Tod von 49 ukrainischen Soldaten verursacht haben soll, zu sieben Jahren Haft verurteilte.
Im Juni 2014 war ein Il-76-Militärtransportflugzeugs bei der Landung in Lugansk mit Raketenschüssen zum Absturz gebracht worden. 40 Fallschirmjäger und neun Besatzungsmitglieder kamen dabei ums Leben. Die ukrainische Armee machte die Lugansker Volkswehr für den Absturz der Maschine verantwortlich.
Damals hatte Nasarow den Posten des Stabschefs und des stellvertretenden Leiters der sogenannten Anti-Terror-Operation (Militäreinsatz in der Ostukraine) bekleidet. Er wurde im November 2014 verhaftet und später gegen Kaution freigelassen. Ihm wurde vorgeworfen,

Aufklärungsinformationen über die Gefährdung des Flugzeuges nicht zur Kenntnis genommen und die Beförderung der Soldaten zum Flughafen Lugansk genehmigt zu haben…

Ukrinform: Die Vereinigten Staaten sollten die Frage über die Gewährung tödlicher defensiver Waffen für die Ukraine behandeln, die dem harten Gegner widersteht, der bei Kämpfen neueste militärische Entwicklungen einsetzt, erklärte am Dienstag bei Anhörungen im US-Kongress der General der United States Army und Oberbefehlshaber des United States European Command (USEUCOM), Curtis Scaparrotti, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.
„In Bezug auf Waffen, hier bin ich persönlich davon überzeugt, dass wir der Ukraine tödliche defensive Waffen gewähren sollen“, betonte Scaparrotti.
Scaparrotti stellte ferner fest, dass die ukrainischen Kräfte mit „einem sehr starken Gegner“ kämpfen müssen, der über die neuesten russischen Typen von tödlichen Waffen verfügt und sie in Kämpfen einsetzt.
„Wir müssen sie (die Ukrainer - Red.) weiter unterstützen und, meiner Meinung nach, mit den entsprechenden Waffen für die Verteidigung versorgen“, sagte der amerikanische General.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen
„In der Nacht wurde der **Kiewskij-Bezirk von Donezk** mit Panzergeschützen und 120mm-Mörsern beschossen. Nach vorläufigen Informationen wurde eine Frau in der Sacco-und-Vanzetti-Straße 56 getötet“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.
„Zwischen 18:00 und 1:00 hat die ukrainische Armee 297 Geschosse mit Panzergeschützen, Artillerie und Mörsern auf zehn frontnahe Ortschaften der Republik abgeschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.
Von den ukrainischen Einheiten wurde die **Umgebung des Flughafens, Trudowskije, Staromichajlowka im Westen von Donezk, Jasinowataja, Krutaja Balka in dessen Umgebung, Dokutschajewsk und das Dorf Jasnoje, die Dörfer Jakowlewka, Spartak im Jasinowataja-Bezirk sowie Leninskoje im Nowoasowskij-Bezirk** im Süden der Republik beschossen.
Neben schweren Waffen hat die ukrainische Seite bei den Beschüssen der DVR auch Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.
In der Nacht auf den 29. März wurde der **Kiewskij-Bezirk von Donezk** beschossen. Es wurden fünf Häuser, Gas- und Stromleitungen beschädigt, eine Wohnung wurde vollständig zerstört, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.
Der Pressedienst des staatlichen Konzerns Donbassgas teilte mit, dass im Kiewskij-Bezirk von Donezk in der Folge ukrainischer Beschüsse vier Häuser des privaten Sektors keinen Gasanschluss haben. Entstörungsbrigaden sind in der Nacht mehrfach zur Lokalisierung von Störungen auf der Tschapajew-, Sacco-und-Vanzetti-, Nedelin-, Btechowen, Galileji-Straße herausgefahren. Inzwischen haben die Reparaturbrigaden mit der Beseitigung der Folgen der Beschüsse begonnen.
Nach Information des Leiters des **Petrowskij-Bezirks im Westen von Donezk** Maxim Shukowskij haben die Siedlungen **Alexandrowka** und **Kremenez** in der Folge der nächtlichen Beschüsse keinen Strom. Im **Kujbyschewskij-Bezirk der Hauptstadt** wurde ein Haus in der Gradostroiteli-Straße 26 beschädigt.
Auch die Verwaltung **Jasinowataja** berichtete über Beschüsse. Nach den Worten des Bürgermeisters Oleg Morgun wurden dort im Dorf **Mineralnoje** gestern Abend durch das Feuer der ukrainischen Armee zwei Häuser beschädigt, die Stromversorgung unterbrochen.
(Ein Video über die Folgen des Beschusses des Kiewskij-Bezirks: Die Frau zeigt ihre Wohnung und berichtet von den Zerstörungen. Sie wohnt in der Wohnung unter der, in der

ein Geschosseinschlag einen Brand verursacht hatte – Anm. d. Übers.)
<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/DNxZKKpEsqQ" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>
https://youtu.be/DNxZKKpEsqQ

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **13 Mal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurde das Gebiet von **Perwomajsk, Frunse, Kalinowo, Kalinowka, Logwinowo, Nishneje Losowoje, Shelobok, Sokolniki.**
Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Lug-info.com: „Am 28. März abends haben die ukrainischen Truppen das Feuer auf ein Wohngebiet von **Krasnyj Jar (Bolschaja Wergunka)** eröffnet“, teilte der Staatsanwalt der Abteilung zur Arbeit mit Medien, internationale Zusammenarbeit und Normenentwicklung der Generalstaatsanwaltschaft der LVR Dawid Kaz mit.
„Bei den Häusern 8 und 9 in der Mariupolskaja-Straße ist die Verglasung beschädigt, im Haus Nr. 11 das Dach“, erläuterte Kaz.

Rusvesna.su: Jeder 4. Einwohner der RF (25%) meint, dass Russland die DVR und die LVR anerkennen sollte, ergaben die Umfragen des russischen Meinungsforschungszentrums (WIZIOM), deren Resultate RIA Novosti zur Verfügung gestellt wurden.
Fast die gleiche Anzahl der Befragten (24%) denkt sogar, dass Russland die Republiken in die Förderation eingliedern sollte.
Eine Mehrheit der Befragten (30%) glaubt, dass die RF sich nicht einmischen und die Neutralität wahren sollte, nur 4 % sind davon überzeugt, dass Russland Kiew helfen sollte, die Kontrolle über den Donbass wiederzuerlangen. Zugleich waren 9% der Befragten für eine Ausweitung der Autonomie von DVR und LVR im Bestand der Ukraine, 8% waren unentschieden.
Die Mehrheit der durch das Zentrum Befragten (78%) haben von der Transportblockade gehört, die Kiew gegen die LVR und DVR verhängt hatte…. 22% der russischen Bürger haben erst von den Mitarbeitern des WIZIOM von der Blockade erfahren….

Dnr-online.ru: Im staatlichen Unternehmen „Sasjadko-Bergwerk“ (ehemals ukrainisches Bergwerk, das am 1.3.17 unter äußere staatliche Leitung gestellt wurde - Anm. d. Übers.) fand eine Versammlung des Arbeitskollektivs statt, auf dem die Notwendigkeit der Gründung einer Grundorganisation der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ diskutiert wurde. Die Veranstaltung, die heute, am 29. März stattfand, besuchte die stellvertretende Leiterin des Zentralen Exekutivkomitees von DR, das Mitglied des Spezialstabs zur Einführung der äußeren Leitung auf Unternehmen der ukrainischen Jurisdiktion Olga Posdnjakowa.
„Im Sasjadko-Bergwerk hat sich eine Initiativgruppe gebildet, deren Mitglieder Mitglied der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ werden sollen. Unser Treffen war der ideologischen Arbeit der gesellschaftlichen Bewegung gewidmet. Für uns ist das eine sehr wichtige Veranstaltung, weil DR heute aus mehr als 170.000 Mitgliedern besteht. Wenn sie in den Unternehmen arbeiten, tragen sie einen großen Anteil zur Entwicklung und zum Aufblühen der DVR bei. Wir wissen, dass die Kraft und Stabilität eines Staates in einer Gesellschaft besteht, die zusammenhält“, sagte Olga Posdnjakowa.

Nach ihren Worten wird es die Gründung der Grundorganisation von DR im Sasjadko-Bergwerk erlauben, dem gesamten Arbeitskollektiv die Wahrheit über die Situation in der Republik zu vermitteln und dazu beitragen, die Schwierigkeiten, mit denen die Mitarbeiter des Unternehmens kämpfen, zu lösen.

De.sputniknews.com: Ukrainischer Energiekonzern Naftogas verklagt EU-Kommission
Der ukrainische Energiekonzern Naftogas hat beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage gegen die EU-Kommission eingereicht. Grund dafür ist laut einer Mitteilung von Naftogas die Entscheidung des EU-Gremiums vom Oktober, dem russischen Konzern Gazprom stärkeren Zugriff auf die Pipeline Opal zu genehmigen.
Die EU-Kommission habe in diesem Fall „ihre Befugnisse überschritten“, die Entscheidung sei darum gesetzwidrig. Sie Entscheidung verletzte den Artikel 274 des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine sowie die Verpflichtungen der EU nach dem Energiecharta-Vertrag. Wie Naftogas weiter angab, stehe die Entscheidung der EU-Kommissare dem Wettbewerb im Wege und verstärke die Dominanz von Gazprom, was wiederum die Effizienz des EU-Binnenmarktes gefährde.
Im Dezember hatte bereits die polnische Regierung eine ähnliche Klage eingereicht. Der EuGH hatte Ende Dezember laut der polnischen Seite die Entscheidung der EU-Kommission gestoppt und der Beschwerde Polens stattgegeben. Warschau meinte, dass bei einem größeren Zugriff Gazproms auf die Opal-Pipeline die Abhängigkeit zentraleuropäischer Länder von russischem Gas weiter steige.
Die EU-Kommission hatte Ende Oktober dem russischen Energiekonzern Gazprom größere Gaslieferungen durch die Pipeline Opal erlaubt, die vom Nord Stream in der Ostsee abzweigt und Gas nach Deutschland und Tschechien bringt. Laut dem neuen Abkommen wird der russische Energieriese sein Exklusiv-Recht auf die Nutzung von 50 Prozent der Opal-Kapazitäten weiter behalten. Zudem wurde der Abschaffung der Einschränkungen des Dritten EU-Energiepakets zugestimmt. Im Grunde kann Gazprom dank diesen Zugeständnissen Brüssels nun bis 2033 bis zu 90 Prozent der Opal-Kapazitäten nutzen.

Dnr-online.ru: Bis jetzt sind bei der Kontakttelefonnummer des Gesundheitsministeriums etwa 300 Anrufe von Einwohnern des Donbass, die auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium leben, eingegangen. Dies teilt der Pressedienst des Ministeriums mit…..
Es gehen Anrufe aus Pawlograd (Oblast Dnepropetrowsk), Odessa, Charkow, also vom Territorium der Ukraine ein, sowie aus Mariupol, Dsershinsk, Dmitrow, Selidowo, Krasnoarmejsk, Slawjansk, also aus Städten des Donbass, die von der Ukraine kontrolliert werden.
„Ein Monitoring der Anrufe erfolgt täglich. Einwohner der DVR, die mit Fragen über ein analoges Programm anrufen, erhalten auch kompetente Informationen darüber, wie man die kostenlosen medizinischen Dienstleitungen in den republikanischen medizinischen Einrichtungen erhält. Jeder Einwohner der DVR kann heute eine notwendige medizinische Behandlung in der vorgesehen Weise auf Kosten der örtlichen Budgets erhalten. Diese Fragen werden in den Sprechstunden der örtlichen Leitungen am Wohnort geklärt“, teilte der Pressedienst mit…..
Für die telefonischen Auskünfte im Ministerium sind Kandidaten und Doktoren der Medizin verantwortlich, die Spezialisten für die unterschiedlichen medizinischen Richtungen sind, die im humanitären Programm zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass vorgesehen sind…..

De.sputniknews.com: Lettischer Parlamentarier steigt lieber Treppen – um Russlands Wirtschaft zu schaden

Der lettische Parlamentsabgeordnete Imants Parādnieks will extra auf die Benutzung von Fahrstühlen verzichten, um die russische Wirtschaft nicht mit Geldern für den aus Russland gelieferten Strom „zu ernähren“. Dies erklärte er gegenüber dem lettischen TV-Sender LNT.
„Ich benutzte grundsätzliche keinen Fahrstuhl. Nirgendwo und nie. Ich tue dies deshalb, weil wir mit dem Fahrstuhlfahren die russische Wirtschaft nähren, da wir den Strom teilweise bei ihnen kaufen“, wird der Abgeordnete vom Nachrichtenportal Sputnik Latvija zitiert.
Parādnieks habe dabei aber unerwähnt gelassen, ob er auch auf andere Energiequellen verzichtet, zum Beispiel auf russisches Gas.
Bereits 2009 war im Zusammenhang mit der Schließung des Atomkraftwerks Ignalinsk in Litauen eine Erhöhung der Stromtarife in Lettland vorausgesagt worden.
ie indes die russische Online-Zeitung „Wsgljad“ schreibt, baut Russlands Atomenergiebehörde Rosatom im weißrussischen Ostrowez ein neues Atomkraftwerk, das auch die baltischen Länder mit Strom beliefern könnte. Allerdings, so die Zeitung, versuche Litauen das Projekt selbst sowie die möglichen Stromlieferungen zu diskreditieren.

https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31508/40/315084031.jpg

De.sputniknews.com: „Terroranschlag“: Polens Botschafter zu Angriff auf Konsulat in Luzk
Nachdem Unbekannte das polnische Generalkonsulat in der westukrainischen Stadt Luzk aus einem Granatwerfer beschossen haben, ermittelt der ukrainische Geheimdienst SBU nun wegen eines mutmaßlichen Terroranschlags.
„In der Nacht auf den 29. März gab es im vierten Stock des Administrationsgebäudes des polnischen Generalkonsulates in Luzk eine Explosion. Zu dieser war es nach vorläufigen Angaben wegen des Beschussen aus einem Granatwerfer vom Typ RPG-26 gekommen“, heißt es in der Pressemitteilung des SBU.
Zuvor hatte der polnische Konsul in Luzk, Krzysztof Sawicki, den Angriff auf das Generalkonsulat in Luzk als Terroranschlag bezeichnet. „Der Beschuss des polnischen Konsulatsgebäudes in Luzk ist ein Terroranschlag. Sie wollten Menschen umbringen“, so der Konsul gegenüber dem Portal V24.
Bei dem Angriff wurde keiner verletzt, da die Granate den Dienstflügel des Gebäudes traf, während der Konsul selbst mit seiner Familie in einem anderen Flügel wohnt. Dennoch sollen die Täter Sawicki zufolge bestimmt die Ansicht verfolgt haben, zu töten, da in dem Dienstflügel derzeit auch ein Mitarbeiter des Konsulats wohnt. Auch der Bewachungsdienst befindet sich in dem betroffenen Teil des Gebäudes.

Nachmittags:

Lug-info.com: Der Ministerrat der LVR hat im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass eine Inspektion zur Verhütung von negativen Auswirkungen auf die Umwelt gebildet. Dies teilte der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der LVR Alexandr Drobot mit….
„Wir wissen, dass die ökologische Situation auf dem Territorium des Lugansker Oblast schon vor dem Krieg äußerst schwierig war. Deshalb wurde auf der Sitzung des Ministerrats der LVR ein Erlass über die Schaffung einer gemeinsamen Inspektion zur Verhütung von negativen Auswirkungen auf die Umwelt und Regelungen zur Arbeit der Inspektion beschlossen“, teilte Drobot mit.
In der Inspektion sind Vertreter des Zivilschutzministeriums, der Ministeriums für Umweltressourcen und ökologische Sicherheit und Vertreter gesellschaftlichen Organisation.
„In der Kommission werden auch Bergbauspezialisten sein, weil der Erhalt der Wasserableitungskomplexe bei stillgelegten Bergwerken auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium auch Gefahren hervorruft. Wir haben auch andere gesellschaftliche Organisationen und internationale Missionen, die Fragen der Ökologie und des Umweltschutzes behandeln, um Teilnahme gebeten“, teilte Drobot mit.

De.sputniknews.com: Russland befreit Sanktionierte von Steuerpflicht
Russlands Föderationsrat hat einen Gesetzentwurf gebilligt, wonach natürliche Personen, gegen die Sanktionen verhängt wurden, von der Steuerzahlung befreit werden. Für die Entscheidung stimmten 132 Abgeordnete, während sich lediglich neun enthielten.
Das Gesetz ist rückwirkend und erstreckt sich auf die nach dem 1. Januar 2014 entstandenen Rechtsverhältnisse. Sollte jemand von der Sanktionsliste darauf zurückgreifen wollen, bekommt er die im Laufe von zwei Jahren „überbezahlten“ Steuer erstattet. Die russische Regierung muss nun eine Liste der Länder, Verbände und Behörden zusammenstellen, deren Sanktionen eine Befreiung vom Status eines Steuerinländers Russlands beschließen können.
Auf der Sanktionsliste der USA stehen wegen der Ereignisse in der Ukraine gegenwärtig die Namen von 56 Bürgern Russlands. Europa hat 157 Bürger Russlands und der Ukraine aufgelistet. Zuletzt ist die Sanktionsliste wegen des Falls um Sergej Magnitski um 26 Namen russischer Staatsbürger ergänzt worden.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin
Die Lage in der Donezker Volksrepublik **ist angespannt**.
In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **54 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Insgesamt wurden von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 23 Ortschaften der Republik beschossen. Am intensivsten hat der Gegner unter Verwendung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen folgende Ortschaften beschossen: **Krutaja Balka, Jasinowataja, Mineralnoje, Jakowlewka, Dokutschajews, Kominternowo, Sachanka, Spartak, das Gebiet des Flughafens, den Petrowoskij-, den Kiewskij- und den Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk**. Bei den Beschüssen hat der Gegner schwere Artillerie des Kalibers 152 und 122mm, Panzer, Mörser des Kalibers 120 und 82mm sowie Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.
In der Folge des Feuers von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden sieben Wohnhäuser

beschädigt:
- in Donezk drei Häuser: im Kujbyschewskij-Bezirk in der Gradostroitelnaja-Straße 36, im Kiewskij-Bezirk in der Tschapajew-Straße 4 Wohnung 44 und in der Sacco-und-Vanzetti-Straße 56, wo in der Folge eines Artilleriebeschusses **eine Frau, geb. 1942, starb**;
- in Mineralnoje, Jasinowataja-Bezirk, vier Häuser in der Lenin-Straße 24, 26, 33, 35, außerdem wurde in der halben Ortschaft die Stromversorgung unterbrochen.
Die **Verluste** unter den Soldaten der **Volksmiliz** betrugen **einen Toten und einen Verletzten**.
Von unserer Aufklärung wurden weitere Fälle von groben Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die Kiewer Truppen festgestellt:
- im Gebiet von Awdejewka (5 km von der Kontaktlinie) wurde die Stationierung eines Mörserzugs, Kaliber 120mm, aus dem Bestand der 80. Luftsturmbrigade entdeckt;
- im Gebiet von Polnoje (9 km von der Kontaktlinie) wurde die Stationierung einer Batterie 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“ entdeckt, die Dokutschajewsk beschossen hat;
- im Gebiet von Beresowoje (6 km von der Kontaktlinie) wurde die Stationierung von zwei Mörserbatterien des Kalibers 120mm entdeckt.
Außerdem wurde in Richtung Donezk die Verschiebung von zwei Batterien Mehrfachraketenwerfer „Grad“ aus dem Bestand der 92. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die zuvor im Gebiet von Wodjanoje (19 km von der Kontaktlinie) stationiert waren, in Richtung Kontaktlinie festgestellt.
Im Zusammenhang mit dem Tod einer Frau im Kiewskij-Bezirk will ich auf die **Untätigkeit der OSZE-Mission** hinweisen, die sich schon seit einigen Jahren hier zur Kontrolle der Einhaltung der Minsker Vereinbarungen durch die Seiten befindet. Sie unternimmt aber im Ergebnis keinerlei Maßnahmen, um auf die ukrainische Seite einzuwirken und von ihr einen Abzug der verbotenen Waffen in die festgelegten Lagerorte zu erreichen. In der Folge der Untätigkeit der Mission beschießen die ukrainischen Streitkräfte ungestraft weiter Ortschaften der Republik mit Artillerie und Mörsern und töten friedliche Einwohner.
In Fortführung eines Themas wende ich mich an die ukrainischen Soldaten. Die Ihnen vom Kommando zugesagte Rotation wird auf unbestimmte Zeit verschoben. Es ist für sie leichter, Sie auf den Positionen zu lassen, als zu versuchen jemanden zu finden, der in die „ATO“-Zone fahren will, dies sind im Wortsinne Einzelne.
Geld zu verdienen lässt Ihr Kommando nicht zu. Der Erlass der Obersten Rada „Über die Verschärfung der Verantwortung der Soldaten“ ist in den Truppen in Kraft getreten. Auf seiner Grundlage sind in den Truppenteilen bereits konkrete Anweisungen eingetroffen, dass finanzielle Mittel von Einheiten abgezogen werden sollen, um zu sparen.
Beispielsweise beträgt diese Zahl in der 92. mechanisierten Brigade drei Millionen Griwna. Das heißt, die Kommandeure haben nun alle Grundlagen, um Ihnen aus ausgedachten Gründen Geld zu entziehen. Es lohnt sich nicht, dafür sein Leben zu geben. Verschlechtern Sie nicht Ihre Situation, kehren Sie lebend zu Ihren Familien zurück, ich wiederhole LEBEND, gerade in dieser für die Ukraine nicht einfachen Zeit! Sonst bleiben Familie und Verwandte nicht nur ohne Ihr Geld, sondern überhaupt ohne einen Ernährer.
Grundlegende Anstrengungen der Volksmiliz der DVR waren auf die Durchführung von zehntägigen Übungen mit Reservisten konzentriert, die für Funktionen in zu bildenden Artillerieeinheiten ausgewählt wurden. Im Verlauf der Übungen erhöhen etwa 600 Lernende ihre Fertigkeiten bei der Verwendung von Haubitzen-Artilleriewaffen und erarbeiten Fragen einer operativen Auffüllung der Reihen der Volksmiliz der Republik für den Fall, dass die Einheiten der Kiewer Terroristen zu einem großflächigen Angriff auf unsere Heimat übergehen.

De.sputniknews.com: EBU droht Ukraine mit Ausschluss von Eurovision Song Contest
Sollte die Situation um die Sperrung der russischen ESC-Kandidatin Julia Samoilowa demnächst nicht geklärt werden, wird die European Broadcasting Union (EBU, Veranstalter des Gesangswettbewerbs) Sanktionen gegen die Ukraine ergreifen. Dies teilte die Direktorin der Rundfunkunion, Ingrid Deltenre, gegenüber „SonntagsBlick“ mit.

Deltenre verhandle derzeit mit dem ukrainischen Premierminister Wladimir Groisman und Präsident Petro Poroschenko. Ihr Ziel sei es, dass eine „zufriedenstellende Lösung“ gefunden werde.
„Ich bedaure zutiefst, dass der ESC zu politischen Machtspielen missbraucht wird“, sagt die EBU-Chefin. Der Eurovison Song Contest sollte nämlich Millionen Menschen erfreuen und zusammenbringen und dürfe nicht dazu benutzt werden, sie gegeneinander aufzuhetzen.
„Dieses Verhalten der Ukraine ist absolut inakzeptabel“, betont sie. Sollte in den kommenden Wochen keine Lösung zustande kommen, kündigt Deltenre schon jetzt Strafmaßnahmen gegen die Ukraine an – so könnte etwa das Land vorübergehend vom Eurovision Song Contest ausgeschlossen werden.
Zuvor hatte der ESC-Verantwortliche und Leiter der Hauptabteilung Internationale Angelegenheiten des ZDF, Frank-Dieter Freiling, in einem Interview für den „Tagesspiegel“ geäußert, dass die EBU die Mitwirkung aller Teilnehmerländer, darunter auch Russlands, die sich für das Finale qualifiziert haben, an der Fernsehshow in Kiew sicherstellen werde.
Der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU hatte Samoilowa zuvor ein dreijähriges Einreiseverbot in die Ukraine für drei Jahre erteilt. Zur Begründung wies die Behörde auf einen „illegalen Auftritt der Sängerin auf der von Russland 2014 annektierten Halbinsel Krim“ hin. Später erklärte sich Kiew jedoch bereit, Russland an dem Wettbewerb teilnehmen zu lassen, wenn Moskau einen Teilnehmer bzw. eine Teilnehmerin vorschlage, der bzw. die „keine Probleme mit dem ukrainischen Gesetz hat“.
Der Kreml hat darauf verwiesen, dass der Vertreter eines Teilnehmerlandes laut den Regeln des ESC nicht durch einen anderen ersetzt werden darf. Der „Erste Kanal“ des russischen Fernsehens will Samoilowa zum Songwettbewerb 2018 schicken, sollte sie nicht zum diesjährigen Wettbewerb zugelassen werden. Eine Live-Zuschaltung, die es in der 60-jährigen Geschichte des ESC noch nie gegeben hatte, lehnte das russische Fernsehen jedoch ab.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner **13 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik fast 300 Artillerie-, Mörser- und Granatgeschosse abgeschossen.
Das ukrainische Kommando verletzt systematisch die Bedingungen zur Stationierung von schweren Waffen, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind, entlang der Kontaktlinie.
So stellen die Mitarbeiter der OSZE-Mission weiterhin fehlende Technik der ukrainischen Streitkräfte an den Abzugsorten fest, darunter 64 Panzer, 25 Haubitzen und 17 Mörser.
Das Fehlen dieser Technik und Waffen wird schon seit einer langen Zeit bemerkt, aber es gibt keine Reaktion von Seiten der ukrainischen Regierung.
Die ukrainischen Streitkräfte erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste aufgrund von übermäßigem Alkoholgenuss.
So wurde bekannt, dass am 25. März ein Soldat des 1. Bataillons der 14. Panzergrenadierbrigade im betrunkenen Zustand auf den Positionen im Gebiet von Staniza Luganskaja zwei Offiziere seiner Einheit mit einem Messer verletzte und danach floh. Derzeit befinden sich die Offiziere in einer Intensivstation in Lisitschansk.
In der nächsten Zeit erwarten wir eine Verschärfung der Situation am Abschnitt Perwomajsk – Kalinowo, verbunden ist dies mit einer geplanten Rotation der Einheiten der 24. Brigade gegen die Einheiten der 59. Brigade.
Ausgehend von unseren Erfahrungen kann der Schluss gezogen werden, dass die Intensität der Beschüsse an diesem Abschnitt sich vergrößern wird, weil die Soldaten der „frischen“ Brigade Zuschläge wegen Kämpfen erhalten wollen.
Die Soldaten einer der Einheiten in der „ATO“-Zone haben über lange Zeit hinweg ihren Sold aufgebessert, indem sie Beschüsse ihrer Positionen angeblich von Seiten der Einheiten der

Volksmiliz der LVR vorgespielt haben.
Ein weiterer solcher Fall wurde am 24. März festgestellt.
In den Einheiten der Volksmiliz der LVR läuft eine planmäßige militärische Ausbildung, die Soldaten befassen sich mit der Wartung von Waffen und Militärtechnik, vervollkommnen die materielle Basis.
Außerdem haben auf Basis der Truppenteile der Republik Übungen mit Reservisten der Artillerieeinheiten begonnen, zu denen 482 Menschen hinzugezogen wurden.
Wir gehen nicht auf Provokationen der ukrainischen Streitkräfte ein und halten die Minsker Vereinbarungen streng ein, aber im Fall irgendwelcher Verstöße der ukrainischen Seite sind wir bereit entschieden zu handeln.

De.sputniknews.com: Polnisches Konsulat in Ukraine: Sacharowa kommentiert Beschuss-Vorwürfe an Moskau
Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat die Erklärung des Kiewer Botschafters in Warschau, Andrej Deschitza, über Moskaus Rolle beim Beschuss des polnischen Generalkonsulats in der westukrainischen Stadt Luzk via Facebook kommentiert.
Deschitza hatte im polnischen Außenministerium, wo er nach dem Vorfall in der Nacht auf Mittwoch in Luzk einbestellt wurde, gesagt, „Russland ist daran interessiert, dass die Unterstützung der Ukraine im Westen durch Polen abnimmt“. Mit diesem Ziel sei „diese Provokation“ auch organisiert worden.
„Himmlisch“, schrieb daraufhin Sacharowa sarkastisch via Facebook. „Ich würde noch ergänzen, dass Russland mithilfe von hybriden Technologien der Ernennung von Deschitza zum Botschafter in Polen zur Untergrabung des Ansehens der Ukraine in den Augen der polnischen Bürger beigetragen hat.“…

Dan-news.info: Der Ministerrat erweiterte die Liste von Bürgern der Ukraine, die ein Recht auf Erhalt eines Passes der DVR haben
Der Ministerrat der DVR führte Änderungen bei der vorübergehenden Bereitstellung von Pässen ein und erweiterte die Liste der Empfänger dieser Dokumente.
Eine entsprechende Verordnung wurde heute auf der Webseite der Regierung veröffentlicht.
„Die Verordnung ergänzt die Liste der Personen, die das Recht auf Erhalt eines Passes der DVR haben. Nun können diese republikanischen Dokumente unter anderem auch ukrainische Staatsbürger erhalten, die zum Stichtag des 7. April 2014 ihren Wohnsitz in anderen Regionen hatten, und in die Republik kamen für einen dauerhaften Aufenthalt als Familienangehörige von Mitgliedern oder ehemaligen Mitgliedern im Militärdienst, der Strafverfolgungsbehörden, den Sicherheitsdiensten oder im Staatsdienst der DVR“, heißt es in der Erklärung des Ministerrats.
Auf Beschluss der Regierung erhalten auch Ausländer und Personen, die am 7. April 2014 die Volljährigkeit noch nicht erreicht hatten und deren Eltern zum Zeitpunkt der Geburt eine ausländische Staatsbürgerschaft hatten oder staatenlos waren und mindestens ein Elternteil die ukrainische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, das Recht auf Erhalt eines Passes…
Wir erinnern daran, dass das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko im Laufe der „Direkten Linie“ mit den Bewohnern des von Kiew kontrollierten Gebiets des Donezker Oblast am 22. März erklärte, dass die Einwohner der Städte und Gemeinden, die sich unter der Kontrolle der Kiewer Machthaber befinden, die Möglichkeit erhalten werden, einen Pass der Donezker Volksrepublik zu erhalten.
Die Ausstellung von Pässen begann am 16. März 2016. Den ersten 20 Bürgern überreichte das Oberhaupt der Republik persönlich die Dokumente. Damals hatte die Regierung erklärt, dass in erster Linie Bürger die Pässe erhalten, die zu dem Zeitpunkt 16, 25 oder 45 Jahre alt wurden, aber auch diejenigen, die aus verschiedenen Gründen ihren ukrainischen Pass verloren hatten. Den Beginn einer Passausgabe in großem Umfang erklärte Sachartschenko später, am 21. Juni.

De.sputniknews.com: In der deutschen Politik gibt es laut dem Sprecher des Auswärtigen Amtes, Martin Schäfer, derzeit keine breite Diskussion über einen möglichen Boykott der Fußball-WM 2018 in Russland.
„Eine breite Debatte in Berlin, in der deutschen Politik kann ich dazu beim besten Willen nicht erkennen“, sagte Schäfer bei einem Briefing in Berlin.
Man sollte Sport und Politik aber auch nicht vermischen: „Zum Thema Fußball ist es, so glauben wir, gute Praxis, dass man, soweit das auch irgendwie möglich ist, den Sport und die Politik voneinander trennt“, so Schäfer
Am vergangenen Dienstag hatten deutsche Medien berichtet, dass deutsche Politiker nach den jüngsten Anti-Korruptions-Protesten in mehreren russischen Städten wieder einmal über einen möglichen Boykott der Fußball-WM 2018 diskutierten. Dabei betonte der Russland-Beauftragte im Bundestag, Gernot Erler, eine Revision der Entscheidung über die Austragung der WM in Russland läge allein in den Händen der FIFA.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat angewiesen, eine gemeinsame Inspektion zum Monitoring und zur Kontrolle des Sicherheitszustands von Unternehmen und Objekten auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium zu bilden. Ein entsprechendes Dokument wurde heute auf der offiziellen Seite der Republik veröffentlicht….
Zu der gemeinsamen Inspektion gehören Vertreter des Zivilschutzministeriums, des Kohle- und Energieministeriums, des Bauministeriums, des Ministeriums für Industrie und Handel, des staatlichen Komitees für Bergbau- und technische Aufsicht sowie staatlichen Komitees für Ökologie und Naturressourcen, des republikanischen Zentrums für sanitärepidemologische Aufsicht, des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“, der Donezker technischen Nationaluniversität, der Gewerkschaftsföderation sowie von gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen.
Als Vorsitzender der Inspektion wurde der Zivilschutzminister Alexej Kostrubizkij ernannt, der die Organisationen ihrer Arbeit übernimmt sowie die Heranziehung von Vertretern internationaler Organisationen.

Ukrinform: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, verurteile den Beschuss des Generalkonsulats Polens in Luzk und fordere sofort die Verantwortlichen zu finden, schreibt auf Facebook sein Pressesprecher Swjatoslaw Zeholko.
„Der Präsident hat den Beschuss vom Generalkonsulat von Polen in Luzk entschieden verurteilt. Und er hat die Rechtshüter angewiesen, sofort alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Vorfall zu untersuchen und die Verantwortlichen zu identifizieren“, heißt es in der Meldung.
In der Nacht zum 29. März ereignete sich in der vierten Etage des Verwaltungsgebäudes des Generalkonsulats Polens in Luzk eine Explosion. Nach vorläufigen Informationen sei der Grund für die Explosion ein Schuss mit dem Granatenwerfer RPG-26. Es gebe keine Opfer. Am Tatort arbeiten Teams von Polizei und SBU. Die Ermittlung prüft mehrere Versionen des Vorfalls, einschließlich eines Terroraktes.

De.sputniknews.com: Polen schließt Konsulate in fünf ukrainischen Städten
Nach dem jüngsten Angriff auf das polnische Generalkonsulat in der westukrainischen Stadt Luzk haben auch die diplomatischen Vertretungen Polens in Kiew, Charkiw, Odessa und Winnyzja vorübergehend ihre Arbeit eingestellt. Das teilten die Webseiten der Konsulate am Mittwoch mit.

„Das Konsulat der Republik Polen in Charkiw teilt mit, dass es am Mittwoch geschlossen und deswegen für Besucher nicht zugänglich ist“, heißt es in einer entsprechenden Mitteilung. Derartige Meldungen tauchten auf den Webseiten der Generalkonsulate Polens in Kiew, Winnyzja, Luzk und Odessa auf.
Zuvor hatten Unbekannte das polnische Generalkonsulat in der westukrainischen Stadt Luzk aus einem Granatwerfer beschossen. Der ukrainische Geheimdienst SBU ermittelt nun wegen eines mutmaßlichen Terroranschlags.

Ukrinform: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte ein Telefongespräch mit dem Präsidenten von Polen, Andrzej Duda.
Wie der Pressedienst des ukrainischen Staatsoberhauptes mitteilte, hat Petro Poroschenko den groben und zynischen Angriff auf das Generalkonsulat Polens in Luzk (Gebiet Wolhynien) verurteilt.
„Die ukrainischen Behörden werden entschlossen vorgehen, um solche Provokationen in der Zukunft zu vermeiden“, sagte der Präsident.
Der ukrainische Staatschef teilte auch mit, er habe angewiesen, die Sicherheit nicht nur der diplomatischen Vertretungen in der Ukraine, sondern auch der historischen Gedenkstätten zu erhöhen.
Poroschenko habe angeboten, dass polnische Spezialisten zusammen mit einer Ermittlungsgruppe die Täter dieses Verbrechens identifizieren.
„Die beiden Staatschefs waren darüber einig, dass keine Provokationen die freundschaftlichen polnisch-ukrainischen Beziehungen beeinflussen dürfen. Die Seiten kamen überein, Kontakte auf der hohen Ebene zu pflegen“, steht in der Meldung…
Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) hat erklärt, diese Provokation sei nur für Russland von Vorteil.

Dnr-online.ru: Das Informationsministerium der DVR teilt mit, dass am 26. März in der Folge eines Angriffs auf die Internetseite der Agentur DAN Hacker Zugang zur Informationsleiste von DAN erhielten und in der Folge nicht der tatsächlichen Lage entsprechende (gefälschte) Materialien über die ökonomische Lage in der DVR veröffentlicht wurden. Teilweise wurden diese Informationen, die im Namen von DAN veröffentlicht wurden, während der Pressekonferenz des Oberhaupts der DVR Alexandr Sachartschenko richtiggestellt.
Das Informationsministerium der DVR lenkt die Aufmerksamkeit der Massenmedien auf den Angriff und die Veröffentlichung von Informationen, die keine Grundlage haben und deren Ziel die Diskreditierung der Regierung der DVR und ihrer Wirtschaftspolitik ist.
(Anm. d. Übers.: Es handelt sich hier wohl um den 25. März, an diesem Tag wurde bei DAN ein angeblicher Bericht des Ministeriums für Industrie und Handel veröffentlicht, in der Presseschau ist es die drittletzte Meldung am 25. März. Bei der Pressekonferenz von Sachartschenko wurde nach dem dort angegebenen unrealistisch hohen täglichen Finanzbedarf für die Wiederinbetriebnahme der Jenakiewer Metallfabrik gefragt.)

De.sputniknews.com: Der amerikanische Außenminister Rex Tillerson soll in nächster Zukunft Russland besuchen, teilte der US-Botschafter in Moskau, John Tefft, bei seiner Vorlesung an der Nördlichen (Arktischen) Föderalen Universität in Archangelsk mit.
„Der US-Außenminister konnte nicht zum Forum (in Archangelsk – Anm. d. Red.) kommen, aber Sie können ihn in nächster Zukunft zu einem Russland-Besuch erwarten“, sagte Tefft.
Laut ihm wird Tillerson nach Russland kommen, um sich mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und Staatschef Wladimir Putin zu treffen und „Vorwärtsschritte für unsere beiden Staaten“ zu besprechen.
Im nordrussischen Archangelsk findet im Zeitraum vom 29. bis 30 März das internationale

Forum unter dem Motto „Arktis: Territorium des Dialogs“ statt.

Timer-odessa.net: Der SBU sagt Terroranschläge in Odessa vor dem 2. Mai voraus
Im Zusammenhang mit dem Herannahen des Jahrestages der Tragödie vom 2. Mai 2014 besteht im Oblast Odessa ein erhöhtes Maß an terroristischer Bedrohung. Dies erklärte der Leiter der SBU-Abteilung zum Schutz der Staatssicherheit Wiktor Kononenko…
Nach seinen Worten überwacht der SBU nicht nur die Situation, sondern bereitet auch einen Komplex von Gegenmaßnahmen vor….

Abends:

De.sputniknews.com: Russland siegt vor Londoner Gericht: Ukraine soll Milliardenkredit zurückzahlen
Russland hat den Rechtsstreit um die Milliardenschuld der Ukraine vor einem Gericht in Großbritannien gewonnen. Am Mittwoch verpflichtete der High Court of Justice in London die Ukraine, den Kredit über drei Milliarden Dollar an Russland zurückzuzahlen, teilte das Finanzministerium in Moskau mit.
Damit entsprach das Gremium der einschlägigen russischen Klage, die 2016 eingereicht wurde. Laut dem Urteil hat die Ukraine drei Milliarden Dollar samt Zinsen zurückzuzahlen. In der Urteilsbegründung hieß es, dass der Angeklagte keine verhandlungswürdigen Gegenargumente gegen die russische Forderung habe vorbringen können.
Nach Angaben des russischen Finanzministeriums ist das Urteil des High Court of Justice endgültig. Dennoch kündigte die Ukraine Berufung an. Der ukrainische Finanzminister Alexander Daniljuk teilte am Mittwoch mit, der Richter habe der Ukraine erlaubt, ein Berufungsverfahren zu beantragen. „Auf Bitte der ukrainischen Juristen setzte das Gericht die Umsetzung des heutigen Urteil aus“, sagte Daniljuk.
Russland hatte Ende 2013 ukrainische Eurobonds für drei Milliarden US-Dollar gekauft und die Ukraine damit damals vor der Staatspleite bewahrt. Die Papiere waren Ende 2015 fällig. Anfang 2014 kam es in der Ukraine zu einem Staatsstreich. Die neue, prowestliche Regierung weigerte sich, den russischen Kredit zurückzuzahlen.
Im Sommer 2015 vereinbarte sie mit westlichen Gläubigern eine Umschuldung und forderte auch von Russland ultimativ einen Teilerlass. Russland lehnte das ab, erklärte sich jedoch zu einer Umschuldung bereit — unter der Bedingung, dass Kiew in den Jahren 2016 bis 2018 jährlich jeweils eine Milliarde Dollar zurückzahle und die USA oder die EU oder ein internationales Finanzinstitut Garantien dafür übernehmen würde. Diese lehnten es jedoch ab, als Garanten aufzutreten. Der damalige ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk sagte, Russland werde sein Geld nie wieder sehen.

Ukrinform: Das Finanzministerium der Ukraine habe die Entscheidung des Londoner Gerichts über die so genannten russischen Schulden von 3 Milliarden Dollar erhalten. Das Gericht erkenne nämlich die Schlüssigkeit der Position und Argumente der Ukraine in diesem Fall nicht an, gab auf einem Briefing der Finanzminister der Ukraine, Oleksandr Danyljuk, bekannt, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

Er stellte fest, die ukrainische Seite respektiere die Entscheidung, „aber wir meinen mit Recht, dass eine solche Entscheidung die objektiven vorhandenen Fakten der wirtschaftlichen und militärischen Aggression gegen die Ukraine und ihr Volk nicht berücksichtigt…“.
Die heutige Entscheidung sei die erste Etappe, sagte Danyljuk.
„Die Ukraine hat vom Richter die Erlaubnis für die Berufung bekommen. Auf Antrag der ukrainischen Juristen hat sich das Gericht auch bereit erklärt, die heutige Entscheidung bis zur nächsten Gerichtssitzung einzufrieren, die frühestens Ende April stattfinden wird. Bei den folgenden Etappen des Prozesses wird die Ukraine konsequent ihre Position und die nationalen Interessen verteidigen“, betonte der Minister.
Es sei zu erinnern, im Januar hatte High Court of Justice in London die Behandlung des Streits zwischen Russland und der Ukraine über Eurobonds von $ 3 Milliarden begonnen, die am Ende des Jahres 2013 bei der Präsidentschaft von Wiktor Janukowitsch zugewiesen wurden.

De.sputniknews.com: Dutzende Zivilisten getötet: Bundeswehr soll in Angriff in Syrien involviert sein
Die Bundeswehr soll Medienberichten zufolge Aufklärungsbilder für einen verheerenden Luftangriff der Anti-IS-Koalition in Syrien geliefert haben. Bei dem Angriff auf eine ehemalige Schule in al-Mansouraam waren laut Aktivisten mindestens 33 Zivlisten getötet worden.
Nach Recherchen von NDR, WDR und der "Süddeutschen Zeitung" haben deutsche Tornados am 19. März 2017 Bilder des Gebäudekomplexes in der Ortschaft westlich von Rakka aufgenommen und an die internationale Koalition weitergeleitet, berichtet Focus Online. Diese Bilder sollen dann einen Tag später mit verwendet worden sein, um den Gebäudekomplex zu bombardieren.
Die ehemalige Schule in Mansura, 30 km westlich von Rakka, war in der Nacht zum 20. März bombardiert worden. Das Gebäude diente rund 50 Familien als Unterkunft, die aus Hama, Homs und Rakka geflohen waren.

Dnr-news.com: Die Apotheken in der DVR begannen mit dem Verkauf eines Sorptionsmittels aus einheimischer Produktion
Das Pharmaunternehmen „Stirolbiopharm“ hat die Produktion eines neuen Präparates „Weißes Gold des Donbass“ begonnen, die Medikamente trafen in den Apotheken ein. Dies berichtet heute der Pressedienst des Ministeriums für Industrie und Handel der DVR.
„Das Pharmaunternehmen ‚Stirolbiopharm’ lieferte das selbst entwickelte und produzierte Präparat ‚Weißes Gold des Donbass’ in die Apotheken der DVR. Dieses Sorptionsmittel dient der Behandlung von Magenerkrankungen und Vergiftungen“, hieß es im Ministerium.
Es wurde betont, dass das Präparat in zwei Packungsgrößen erhältlich ist…

http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-03/thumbs/1490807325_d1a979fb.jpg